

ÜBERSETZUNG

KÖNIGREICH BELGIEN

-----

GUTACHTEN DES STAATSRATES

-----

Der STAATSRAT, Gesetzgebungsabteilung, erste Kammer, der am 12. Juli 1996 von dem Minister-Präsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus, um die Abgabe eines Gutachtens über einen Vorentwurf eines Dekretes "zur Zustimmung zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits, zu den Anlagen I, II, III, IV und V sowie zum Protokoll, unterzeichnet am 28. November 1994 in Brüssel" gebeten wurde, hat am 26. September 1996 folgendes Gutachten abgegeben :

1. Man fasse den einzigen Artikel wie folgt ab :

"Das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits, die Anlagen I, II, III, IV und V, das Protokoll und die Schlußakte, unterzeichnet am 28. November 1994 in Brüssel, sind, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, uneingeschränkt wirksam" (1). Der Titel wird dementsprechend angepaßt werden müssen.

2. Die Begründung muß auch von dem den Vorentwurf unterzeichnenden Minister signiert werden.

-----

---

(1) Die Worte "was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft" können auch gestrichen werden. Auf die "Zuständigkeit" dieser Gemeinschaft ist keineswegs hinzuweisen.

Die Kammer setzte sich zusammen aus

den Herren : J. DE BRABANDERE, Kammervorsitzender,

M. VAN DAMME, Staatsräte,  
D. ALBRECHT,

G. SCHRANS, Beisitzer der Gesetz-  
E. WYMEERSCH, gebungsabteilung,

Frau : A. BECKERS, Kanzler.

Der Bericht wurde von Herrn P. DEPUYDT, Auditor, vorgelegt. Die Note des Koordinationsbüros wurde von Frau M.-C. CEULE, erster Referendar, abgefaßt und dargelegt.

DER KANZLER,

DER VORSITZENDE,

A. BECKERS.

J. DE BRABANDERE.

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Herrn E. HAESBROUCK, erster Auditor, übersetzt.

DER HAUPTKANZLER,

D. LANGBEEN.